

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wiederjährlicher Abonnementpreis 0,75 RM.;  
bei früher Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Christlich-Sozialer)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 472.

Nr. 23.

Berlin, Mittwoch, 20. März 1912.

Sechszwanzigster Jahrgang.

## Gedenket der streikenden Bergarbeiter!

### Inhalts-Verzeichnis:

Das Ringen der Bergarbeiter. — Rede des Abg. Gothein zur Interpellation über den Bergarbeiterstreik. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

### Das Ringen der Bergarbeiter.

In den Bergrevieren brodelt es wie in einem Herdenschüssel. Überall haben sich die Bergknappen erhoben, um sich menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, aber auch fast überall steht ihnen ein Unternehmertum gegenüber, das in der Arbeiterkraft nicht einen gleichberechtigten Produktionsfaktor erblickt, sondern eine Waffe, die sich blindlings vom „Herrn“ leiten lassen muß. Indessen die Zeiten, da sich der deutsche Arbeiter wie ein Sklave behandeln ließ, sind vorüber. Er will wenigstens durch seine Organisation ein Wortchen mitreden können und nicht willenloses Werkzeug eines anderen sein. Gerade das Herrenmenschentum, das sich im deutschen Bergbau breitmacht, ist mit Schuld an der gewaltigen Erbitterung, mit der die jetzigen Kämpfe geführt werden.

Der letzte Sonnabend war für die Streiter im Ruhrgebiet ein kritischer Tag. Die Zechenverwaltungen hatten gedroht, daß alle diejenigen, die am Sonnabend nicht eintrifften, als entlassene gestrichen werden würden. Außerdem sollte ihnen wegen Kontraktbruchs der Lohn für 6 Schichten abgezogen werden. Die Inhaber von Werkwohnungen sollten gleichzeitig auf die Straße geworfen werden. Es ist klar, daß solche Drohungen nicht ohne Wirkung bleiben konnten, und so sind denn in der Tat am Sonnabend auf verschiedenen Zechen mehr Arbeiter angefahren. In einigen Revieren hat also eine Abnahme der Streikenden stattgefunden. Andererseits aber ist die Zahl der Ausständigen auf anderen Gruben um etwas gestiegen. Von einem weitläufigen Abflauen der Bewegung kann nach alledem kaum gesprochen werden. Vielmehr macht man sich nach wie vor unter den Kämpfenden eine unerminderte Begeisterung bemerkbar, die namentlich in den am Sonntag abgehaltenen Streikerversammlungen zum Ausdruck kam. Hervorgehoben zu werden verdient auch die Tatsache, daß die Kämpfenden nach wie vor musterhafte Ordnung bewahren und die Mahnungen der Führer, sich des Alkoholgenußes zu enthalten und strenge Disziplin zu beobachten, peinlichst befolgen. Die Ausschreitungen, die hier und da vorgekommen sind, stehen in gar keinem Verhältnis zu der ungeheuren Menge der Beteiligten und sind außerdem, wie dies unzweifelhaft nachgewiesen ist, in den meisten Fällen auf die Nervosität und das allzu schneidige Vorgehen der Polizeimannschaften zurückzuführen. Die Nachrichten von schweren Ergüssen der Streikenden, die hier und da in der den Bergwerksbesitzern besessenen Presse verbreitet werden, sind übertrieben. Wie solche Nachrichten zustande kommen, dafür legt folgendes Schriftstück ein bereites Zeugnis ab:

Ich, **Ernst Unterzwehner**, erkläre hiermit, daß ich nicht streiken will. Ich kann leider jetzt nicht zur Arbeit kommen, weil die Unsicherheit auf den Wegen so groß ist, daß ich ohne Gefahr für mein Leben und Gesundheit den Weg nicht machen kann.

Ich erkläre mich bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sobald die Behörde dafür sorgt, daß ich dieselbe ohne Gefahr wieder aufnehmen kann.

Datum: .....  
Name: .....  
Wohnort: .....

Dieses Schriftstück ist vom Vorstande des Gewerksvereins christlicher

Bergarbeiter an seine Mitglie der verteilt worden. Ein Dokument der Schande verdient es genannt zu werden, und wenn dieser Kampf längst seinen Abschluß gefunden hat, dann wird man den christlichen Führern dieses Zirkular noch oftmals um die Ohren schlagen müssen. Auf der einen Seite soll dadurch zweifellos denjenigen Christlichen, die wider den Willen ihrer Führer in den Streik getreten sind, die Möglichkeit gegeben werden, im christlichen Gewerksverein zu bleiben, da sie ja „gezwungen“ sich dem Zustand angeschlossen haben. Außerdem aber will der christliche Bergarbeiter-Gewerksverein diese Erklärungen sicherlich als Beweis dafür benützen, welcher Terrorismus von den Streikenden geübt und wie schwer die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch sie gefährdet wird. Es ist gut, daß diese Laktid der christlichen Führer an das Tageslicht gelangt ist. Man weiß nun wenigstens, was man von den Terroristmuskeln im Streikgebiete zu halten hat. Sie sind nichts anderes als bestellte Arbeit und werden deshalb auf die Defensivität auch nicht den geringsten Eindruck machen. Daß dieses Vorgehen der Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes aber die Erbitterung der Streikenden erhöht, ist selbstverständlich. Das Verhältnis der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen untereinander wird nach dem Kampfe dadurch noch verschlechtert und die Stellung den Zechenverwaltungen gegenüber geschwächt werden. Die Schuld daran tragen nach alledem die Christlichen, die offenbar von ihrem schlechten Gewissen getrieben, an solchen Machinationen gegriffen haben.

Die Vorgänge im Ruhrgebiet sind inzwischen noch in ein besonderes Licht gerückt worden durch die Reichstagsverhandlungen in der zweiten Hälfte der letzten Woche. Da wurde nämlich beraten über eine Interpellation des Zentrums, ob der Reichskanzler bereit sei, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben, und was er zu tun gedanke, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein rasches Ende des die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Ausstandes herbeizuführen. Wir wollen die Antwort, die der Staatssekretär Dr. Delbrück in Vertretung des Reichskanzlers erteilte, gleich vorwegnehmen: Die Reichsregierung will gar nichts tun, sondern die Dinge laufen lassen, wie sie wollen. Jemand eine Vermittlerrolle lehnt sie ab. Was aber bei dieser Antwort die Arbeiter am meisten verletzen mußte, das war die einseitige Stellung, die der Staatssekretär zugunsten der Zechenverwaltungen einnahm, und die ihm den Vorwurf einbrachte, er habe sich zum Anwalt der Unternehmer aufgeworfen.

Auf den Inhalt der dreitägigen Debatten wollen wir hier nicht näher eingehen. Den Bergarbeitern ist daraus keinerlei Nutzen entstanden. In der Hauptsache waren diese Verhandlungen ein müßiges Gezänk zwischen christlichen und freien Gewerkschaften, zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Sachlich Neues wurde nicht vorgebracht. Bemerkenswert war nur die Art, wie der christliche Gewerkschaftsführer Schiffer das Verhalten seiner Freunde zu entschuldigen versuchte, ohne daß er von jemandem angegriffen war. Mit einem beängstigenden Eifer verwahrte er sich gegen den Vorwurf daß die Christlichen mit den Gelben identisch seien. Wer sich entschuldigt, Herr Schiffer, klagt sich an. Sonst ist aus den Reden der christlichen Führer, die aus drücklich die Forderungen der streikenden

Bergarbeiter als berechtigt erklären, nur noch der immer wieder erhobene Schrei nach mehr Schutz der Arbeitswilligen bemerkenswert. Die Gewerkschaftsführer begnügen sich da mit den argsten Scharfmachern. Am wirkungsvollsten war die Rede des fortwährendlichen Abgeordneten Dr. Gothein, der als ehemaliger Oberbergerrat zweifellos ein sachmännisches und unparteiisches Urteil abzugeben in der Lage ist. Wir geben deshalb diese Rede an anderer Stelle im Wortlaut wieder.

Die Bewegung im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier hat natürlich ihre Wellen auch auf die übrigen Bergwerksdistrikte geworfen. Im Saarrevier ist es ebenfalls zum Streik gekommen. Die zwischen dem Arbeiterausschuß und der Direktion der Saar- und Nohel-Bergwerksgesellschaft getroffenen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da die Gesellschaftsvertreter die getroffenen Vereinbarungen abgelehnt hat. Damit befinden sich etwa 5000 Bergarbeiter im Streik, der wahrscheinlich auch auf die westfälischen Gruben und die hiesigen Schächte im Saarrevier übergreifen wird. Auch in den sächsischen Kohlenrevieren von Delitzsch, Lugau und Zwickau ist es wieder Erwarten zum Kampf gekommen, da die Grubenbesitzer keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben. Hier werden etwa 15 000 Streikende in Betracht kommen. Auch im gesamten Deister-Revier haben sich die Bergleute erhoben und Lohnforderungen gestellt. Da die Bergwerksverwaltung erklärte, dieselben nicht bewilligen zu können, wurde an verschiedenen Orten der Streik proklamiert, an dem etwa 2500 Arbeiter beteiligt sein dürften. In Dberischlesien, wo sämtliche Organisationen, auch die Christlichen und selbst die katholischen Fachabteilungen gemeinschaftlich vorgehen, hat am Sonnabend eine Konferenz stattgefunden, die nach mehrstündiger lebhafter Debatte vorläufig von einem Streikbeschluss abfiel, dagegen folgende Resolution einstimmig annahm:

Die heutige, von den fünf ober-schlesischen Bergarbeiterorganisationen abgehaltene Konferenz bebaute einstimmig, daß die ober-schlesischen Bergwerksbesitzer nach den von ihnen eingegangenen Antworten auf die Lohnfrage vom 5. d. M. die Arbeiterorganisationen nicht als berufene Vertreter anerkennen. Die Konferenz erklärt aber ebenso einstimmig, von den Forderungen einer Lohnaufbesserung nicht abzugehen, sie wird jedoch im Interesse des sozialen Friedens zunächst die Beschlüsse der einzelnen Gruben veranlassen, die Lohnforderungen durch die Arbeiterausschüsse bei den einzelnen Direktionen vorzutragen zu lassen und hofft, daß bei dort Anerkennung finden. Die Konferenz behält sich weitere Beschlüsse vor.

Und im Anschluß daran veröffentlichten die Vertreter der fünf Bergarbeiterorganisationen folgenden

### Aufruf an die ober-schlesischen Bergarbeiter.

Die Vertreter der ober-schlesischen Bergarbeiterorganisationen haben unter dem 20. Februar d. J. an den Ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein eine Eingabe um Lohnaufbesserung für alle Bergleute von 15 Prozent eingereicht. Nachdem sich genannter Verein für unzulänglich erklärt hat, wurde unter dem 6. März dieselbe Forderung an die einzelnen Grubenverwaltungen eingereicht. Die Verwaltungen erkennen die Organisationen als Vertreter ihrer Beselgschaften nicht an, lehnten deshalb jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen ab, betonen jedoch in ihrem Antwortschreiben tiefbald, daß sie bereit seien, die Lohnfrage mit den Arbeiterschüssen zu verhandeln. Daraus ist zu schließen, daß

diese Verwaltungen auch bereit sind, den Arbeiteraus-  
schüssen Zugeständnisse in der Lohnfrage für die Be-  
legschaften zu machen. Wir richten deshalb an die  
Belegschaften die dringende Aufforderung, ihre Ar-  
beiterauschüsse unverzüglich zu beauftragen, ihre Ar-  
beiterauschüsse zu beantragen und dort die  
Lohnforderungen erneut zu stellen und zu begründen.

Die Mitglieder der Arbeiterschüsse werden er-  
sucht, über die stattgefundenen Sitzungen und deren  
Ergebnisse den Organisationen sofort, spätestens bis  
zum 27. März, Mitteilung zu machen, damit die Or-  
ganisationsleiter noch bis zum 1. April weitere  
Beschlüsse fassen können.

Die Situation hat sich inzwischen verschärft, in-  
dem bereits heute auf mehreren Gruben viele Ar-  
beiter entgegen den Bestimmungen der Organisationen in die  
obersteinsten Bergarbeiter zu halten und unsere  
strengen Disziplin zu halten und unsere  
Anordnungen Folge zu leisten.  
Vor allem warnen wir entschieden vor  
jeder unüberlegten Handlung, da für  
Fortkommnisse, welche die Organi-  
sationen nicht genehmigen, keinerlei  
Verantwortung übernommen wird.

Von dem nunmehrigen Verhalten der Bergwerks-  
verwaltungen wird es abhängen, ob der Friede im  
obersteinsten Bergbau erhalten bleibt.

Auch in Niederschlesien gärt es. Die  
Belegschaften haben durch die in Frage kommenden  
Organisationen, den Gewerkverein der Fabrik- und  
Gandarbeiter, und den alten Bergarbeiterverband,  
Forderungen eingereicht. Die Arbeiter haben dies-  
mal ihre Organisation damit betraut und nicht wie  
früher die Ausschüsse, weil sie damit traurige Er-  
fahrungen gemacht haben. Die Forderungen sind  
folgende:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Ar-  
beiter um 15 Prozent und Beseitigung der großen  
Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Er-  
höhung des Abschlags für alle Arbeiter um 1,50 Mk.  
pro Woche bzw. 25 Pf. pro Schicht.
3. Achtstündige  
Arbeitszeit incl. Ein- und Ausfahrt für alle Unter-  
tagsarbeiter, desgleichen für die in der Förderung  
und der Kohlerei beschäftigten Arbeiter über Tage.  
Verkürzung der Arbeitszeit für alle übrigen Arbeiter  
von 12 auf 10 Stunden ohne Kürzung des Lohnes.  
Beseitigung der bei verschiedenen Werken in der  
Kohlerei üblichen 24stündigen Sonntagschichten.
4. Leber- und Lebensrisiken dürfen nur bei Unfällen,  
Betriebsstörungen oder bei Rettung von Menschen-  
leben und Pferden verfahren werden.
5. In den  
Werkwohnungen ist die sonst übliche monatliche Mün-  
dung einzuführen; auch ist den Mietern volle Be-  
wegungsfreiheit in Bezug auf ihre Organisationszuge-  
hörigkeit, Wareneinkauf usw. zu belassen.
6. Auf-  
hebung des noch für Nachbargruben bestehenden Sperr-  
systems.
7. Einschränkung des Strafwesens. Strafen  
von über 1 Mk. bedürfen der Zustimmung des Ar-  
beiterauschusses.
8. Errichtung eines paritätisch  
zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unpar-  
teitischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitig-  
keiten.
9. Verbot jeder Art von Maßregelung und  
Respektierung des gesetzlichen Koalitionsrechts aller  
auf den Werken beschäftigten Arbeiter.

Wie überall, so haben auch hier die Gruben-  
besitzer Erörterungen mit den Organisationen abge-  
lehnt; sie wollen lediglich mit den Ausschüssen ver-  
handeln. Welchen Gang die weitere Entwicklung  
nimmt, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Bei dieser Gelegenheit gleich noch einige Be-  
merkungen über die Bergarbeiterkämpfe in anderen  
Ländern. Die Verhandlungen in England, die  
auf Veranlassung der Regierung zwischen Ver-  
tretern der Bergwerksbesitzer und der Arbeiter statt-  
gefunden haben, sind, ohne daß ein Resultat erzielt  
wurde, abgebrochen worden. Die englische Regie-  
rung hat sich insolgedessen zu gesetzgeberischen Maß-  
nahmen entschlossen und will im Parlament in die-  
sen Tagen ein Gesetz einbringen, das den unter  
Tage arbeitenden Bergleuten einen vernünftigen  
Minimallohn garantiert. Dieser  
Minimallohn soll für die einzelnen Distrikte fest-  
gelegt werden; Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit  
einem unparteiischen Vorsitzenden an der Spitze,  
sollen die Höhe bestimmen. Wie sich die Parlamente  
zu dem Vorstoß der Regierung stellen werden, läßt  
sich noch nicht genau übersehen. Es besteht jedoch  
die Wahrscheinlichkeit, daß die Regierung mit ihrem  
Plan durchdringt. Fraglich allerdings ist es dann  
immer noch, ob die Arbeiter auf der Grundlage  
dieses Gesetzes mit den Grubenbesitzern zu einer  
Einigung kommen und der Streik sein Ende erreicht.  
Unter den belgischen Bergarbeitern hat sich  
neuerdings auch wieder eine lebhafteste Bewegung  
geltend gemacht zur Erzielung von höheren Löhnen.  
Man hofft durch den Kampf im Ruhrgebiet die  
Grubenbesitzer willfähriger zu finden. Die Leitung  
der Bergarbeiterorganisation aber hat von einem  
Streik abgeraten und an ihre Mitglieder die Auf-  
forderung gerichtet, lediglich dafür zu sorgen, daß  
keine Uebergriffe verfahren werden, um jede  
Ueberproduktion an Kohlen zu verhindern.

Endlich sei noch erwähnt, daß auch die in den  
amerikanischen Anthracit-Kohlengruben be-

schäftigten Arbeiter sich in einer Lohnbewegung be-  
finden, die zu Verhandlungen zwischen Arbeit-  
gebern und Arbeitnehmern geführt hat. Die Kon-  
ferenz aber hat ebenfalls ohne Resultat abgebrochen  
werden müssen, so daß der Ausbruch eines Streiks  
feineswegs unwahrscheinlich ist.

### Rede des Abg. Gathen zur Inter- pellation über den Bergarbeiterstreik.

Meine Herren, als gestern der Herr Abgeordnete  
Schiffer seine Begründungsrede gehalten hatte, emp-  
fand ich das Bedürfnis, die Druckache Nr. 295, welche  
die Interpellation seiner Freunde enthält, noch ein-  
mal anzusehen, um mich zu überzeugen, worin denn  
eigentlich diese Interpellation besteht.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)  
Ich habe die Rede des Herrn Abgeordneten Schiffer  
sehr genau angehört; aber ich konnte nicht finden, daß  
er irgendwie zu der Interpellation seiner Freunde ge-  
sprochen, dies begründet hätte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)  
Seine Rede war zugeschnitten auf eine Interpellation,  
die nicht zur Verurteilung stand, die ungefähr hätte  
lauten müssen: was gebietet der Herr Reichskanzler  
zu tun, um dem christlichen Bergarbeiterverband  
gegen den alten Bergarbeiterverband zu helfen. Das  
wäre ungefähr die Interpellation gewesen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)  
Ich habe die Rede des Herrn Abgeordneten Schiffer  
sehr genau angehört; aber sie lag nicht vor.  
Er hat über etwas ganz anderes gesprochen, und  
seine Rede hat nicht dazu gedient, die Diskussion auf  
ein hohes Niveau zu heben. Es hat sie sehr herabge-  
drückt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)  
Wir haben dadurch schließlich wieder ein Partei-  
gegnärd der Verhandlungssekretäre bekommen.  
Meine Herren, das ist keine neue und keine erfreuliche  
Erscheinung in diesem Hause. Für uns ist diese  
Situation zu ernst, um uns auf dieses Partei-  
einzelgänger einzulassen. Für uns handelt es sich bei der  
heutigen Lohnbewegung, von der ja der eben ausge-  
brochene Streik nur ein Teil ist, um eine große prin-  
zipielle Frage, um die Frage des Einflusses der Ar-  
beiter durch ihre Organisationen auf die Arbeitsbe-  
dingungen; aber nicht darum, ob dieser oder jener  
Verband durch seine Taktik mehr Mitglieder be-  
kommt, und weil wir diese Sache so aufstellen, ist für  
uns auch diese Lohnbewegung eine Frage im Kampf  
um das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters an den  
Bedingungen des Arbeitsvertrags. Ob der jetzt aus-  
gebrochene Streik ein zweckmäßiger oder ein verfehlter  
ist, ein Schritt, der vorwärts führt oder zeitweise auch  
einmal rückwärts, das ist ja eine andere Frage; das  
kann zweifelhaft sein. Aber auch ein verfehlter  
Schritt wird diese ganze Bewegung nicht aufhalten.

Nun sagt man, dieser Schritt sei verfehlt, weil es  
sich bei diesem Streik um einen Symptomi-  
streik der drei Arbeiterorganisationen zugunsten des  
englischen Bergarbeiterstreiks handle. Ich muß  
sagen, daß, was der Herr Abgeordnete Schiffer zur  
Begründung dieser seiner Behauptung angeführt hat,  
war nicht derartig beschaffen, daß es irgend jemand  
überzeugen konnte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)  
Der Herr Staatssekretär des Innern ist in dieser  
Beziehung sehr viel vorsichtiger gewesen; er hat sich  
wohl gehütet, so etwas direkt zu behaupten, und hat  
bloß darauf hingewiesen, daß möglicherweise in ein-  
zelnen Kreislagen ein derartiger Zusammenhang  
gefunden werden könnte. Nun wird als Beweis für  
diesen Sympatiestreit angeführt, daß der frühere  
Abgeordnete Hue in irgendeiner Rede gesagt  
hätte, ein Streik würde im jetzigen Moment verfehlt  
sein, weil er nicht den englischen Bergarbeitern, son-  
dern den englischen Arbeitgebern im Bergbau nützen  
würde. Ich kann nicht feststellen, ob der frühere Ab-  
geordnete Hue das tatsächlich gesagt hat, aber wenn  
er es gesagt hätte, so wäre es doch sehr eigenartig  
zu vermuten, daß der jetzt einen Streik empfahlen  
hätte, der nach seiner eigenen Ueberzeugung eine  
Unterstützung der Bergarbeiter in England gewesen  
wäre in dem Kampf der Bergarbeiter, der sich dort  
mit ihnen abspielt. So etwas Absurdes kann doch  
eigentlich niemand glauben. Ich glaube, wenn über-  
haupt hier eine Verbindung zwischen dem deutschen  
Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und dem englischen  
Streik gefunden werden kann, daß in den Kreisen der  
deutschen Arbeiter die Erwägung mit maßgebend ge-  
wesen ist, daß die Kohlenknappheit, die durch den eng-  
lischen Bergmannstreik hervorgerufen ist, um so  
größer wird, wenn auch auf deutscher Seite ein Streik  
ausbricht, und dadurch in Deutschland, das ja in  
weiten Gegenden auf die englische Kohle angewiesen  
ist, die Kohlenknappheit um so größer wird, und da-  
durch das Streben zu einem Einigenkommen gegen-  
über den Bergarbeitern ein sehr viel lebhafteres sein  
wird. Das wäre eine verstandesgemäße Erwägung;  
ob sie richtig ist, ist eine andere Frage; jedenfalls hat  
sie mit einem Sympatiestreit nichts zu tun.

Nun hat Herr Schiffer behauptet, daß dieser  
Streik eine Schädigung des christlichen  
Bergarbeitervereins bezwecke. Dasselbe  
hat Herr Rogalla b. Bieberstein ausgeführt, aus  
Hoh und Jörn über diesen Verein habe der sozialdemo-  
kratische Verein und die anderen Vereine sich zu diesem  
Streik hinziehen lassen. Es wäre das also kein  
Sympatiestreit, sondern ein Antipatiestreit gegen  
den christlichen Bergarbeiterverein gewesen. Aber  
gleichzeitig haben beide Herren behauptet, daß es ein  
Sympatiestreit für die englischen Arbeiter sei. Sie  
haben weiter behauptet, der Streik verfolge politische

Zwecke, er sei eine Machtsprobe der Sozialdemokratie.  
Es ist eigenartig, wie viele Beweggründe für diesen  
Streik vorhanden sein sollen. Es ist ja sehr schwer,  
über Beweggründe überhaupt zu streiten, weil nie-  
mand die letzten Beweggründe kennt; es werden meist  
Entschlüsse aus komplexen Gründen gefaßt, nicht aus  
einem einheitlichen. Aber es kommt mir vor, als ob  
man über der Fülle der Gründe, die man dieser Be-  
wegung zugrunde legt, die natürlichen Gründe ganz  
vergäße, die zu dieser Lohnbewegung führen. Man  
muß doch bedenken, daß diese Lohnbewegung sich nicht  
auf den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband be-  
schränkt, sondern daß auch der Christl.-Dauerhafte Ge-  
werksverein der Bergarbeiter und der polnische Berg-  
arbeiterverein an dieser Bewegung beteiligt sind, ja,  
daß schließlich auch die christlichen Bergarbeitervereine  
in den sächsischen Bergwerken mit den anderen Ver-  
bänden durchaus Isomform gehen.

(Sehr richtig! links.)  
Meine Herren, das Natürliche dieser Lohnbewe-  
gung ist das Streben nach Verbesserung der Arbeits-  
bedingungen. Ich meine, dieses Motiv erscheint so  
ausreichend, daß es nicht unbedingt notwendig ist,  
nach anderen Erklärungen zu suchen.

Nun hat der Herr Staatssekretär gesagt, der  
Zeitpunkt für den Streik sei noch nicht gekommen.  
Das ist ja sehr schwer zu sagen; am besten ist es ja  
immer, wenn ein Zeitpunkt für einen Streik nicht ge-  
kommen ist, sondern wenn man sich vorher verständigt  
über das, was wirklich zu erreichen ist und was einen  
Fortschritt bedeutet.

(Sehr richtig! links.)  
Der Herr Staatssekretär meinte, es handle sich  
nicht um die Löhne, sondern um einen, von der Or-  
ganisation befohlenen Streik; und er betrie sich zum  
Beweise dessen auf verschiedene Protokolle von  
Arbeiterauschüssen, die auch von Mitglie-  
dern des alten Bergarbeiterverbandes unterschrieben  
sind. Ich möchte dem Herrn Staatssekretär doch em-  
pfehlen, auf solche Protokolle der Arbeiterschüsse  
nicht allzuviel Wert zu legen. Denn was da unter-  
schrieben ist, und was diese Ausschüsse tatsächlich be-  
deuten, das bedeutet nicht allzuviel. Ich glaube, das  
müßte doch auch dem Herrn Staatssekretär des  
Innern bekannt sein. Ich habe hier einen stenographi-  
schen Bericht über ein Protokoll der Be-  
sprechung der Bergbauvereine über die  
Abänderung des allgemeinen Vergelohes, welche am  
Mittwoch, den 6. Januar, — ich glaube, es war 1909  
—, abends 7 Uhr, im Palaishotel zu Berlin stattge-  
funden hat. Ich nehme an, daß dem Herrn Staats-  
sekretär des Innern dieses Protokoll doch auch bekannt  
ist. Da hat unter anderem ein Herr, der früher in  
der preussischen Bergverwaltung im Saarbrückischen  
an leitender Stelle tätig war, ausgeführt:

Wie die Verhältnisse in Saarbrücken lagen,  
hatte jeder Bergwerksdirektor genau den Arbeiter-  
auschuss, den er bediente.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)  
Wenn er sich darum bekümmerte, konnte er die  
Leute hineinwählen lassen, die ihm paßten; und  
wenn ihm welche nicht paßten, dann konnte er sie  
einfach in eine andere Steigerabteilung verlegen.  
Dann konnte wenigstens immer nur einer wieder-  
gewählt werden, denn jede Steigerabteilung kann  
nur einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte  
wählen. Und wenn sie 10 solcher Leute hatten, die  
ihnen nicht paßten, konnten sie den ganzen Ar-  
beiterauschuss in eine einzige Steigerabteilung zu-  
sammenlegen; dann war von den ganzen Leuten  
nur einer wählbar. Das waren Sachen, die man  
in Saarbrücken ohne Schwierigkeiten machte.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)  
Ich würde Ihnen noch weiter von diesen Ar-  
beiterauschüssen erzählen, wie derselbe Herr ausein-  
anderseht, daß er dahin gestellt hätte, daß der Ar-  
beiterauschuss nie etwas beschließen durfte. Er hat  
ja damit auch den privaten Bergbesitzer das Recht  
genau gegeben, wie man es machen kann. Nach dem,  
was mir über die Arbeiterauschüsse im Ruhrrevier  
bekannt geworden ist, hat man dort dies Recht genau  
so befolgt, wie es der Herr Doktor — ich brauche  
Ihnen den Namen ja nicht zu nennen — verfahren  
hat.

Deshalb sollte man auf derartige Arbeiteraus-  
schussgutachten, die heute im wesentlichen bloß Füllsel  
sind, nicht allzuviel geben. Aber immerhin wäre es  
ja möglich, daß trotzdem auf der einen oder anderen  
Stelle die Verhältnisse so günstig lägen, daß dort ein  
Bedürfnis für Lohnhöhungen nicht vorhanden wäre,  
und daß so etwas unterschrieben würde. Dann  
würde es sich bei einer solchen Sache um einen Ekl-  
daritätsstreik handeln, der ja in einer großen Bewe-  
gung auch mit vorzömt.

Meine Herren, im übrigen, muß ich sagen, han-  
delt es sich hier doch um bestimmte formulierte  
Forderungen der Bergarbeiter, die gedruckt vorliegen,  
die gestellt worden sind, auf die ihnen ja  
auch eine Antwort, wenn auch eine ablehnende, zu-  
teufel geworden ist. Da das der einelechtige Grund der  
ganzen Bewegung ist, so ist es auch notwendig, auf  
diese einzelnen Forderungen noch etwas einzugehen.

Vor den zehn Forderungen, die gestellt sind, wird  
man nicht von jeder einzelnen behaupten können, daß  
sie an sich etwas durchaus Unbilliges verlangen; viel-  
leicht sind sie durch ihre Fülle, daß sie auf einmal ver-  
langt werden, dadurch unbillig.

Die Hauptforderung ist unzweifelhaft die auf eine  
Aufbesserung der Löhne. Der Herr Staats-  
sekretär hat sich gestern ziemlich umfassende Mit-  
teilungen statistischer Natur über die Bewegung der  
Bergarbeiterlöhne im Ruhrgebiet gemacht. Aber ge-



rabe aus seinen amtlichen Zahlen entnimmt man, daß 1911 die Löhne für die Dauer noch um 206 Mark niedriger waren als im Jahre 1908, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) nach Ihren eigenen Zahlen, Herr Staatssekretär! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja möglich, daß jetzt in dem ersten Quartal eine Lohnaufbesserung stattgefunden hat — das scheint der Fall zu sein —, aber doch wahrscheinlich nicht in dem Maße, um das Niveau von 1907 oder 1908 wiederherzustellen. Es ist ungewiss, daß die Jahre 1907 und 1908 Jahre einer Hochkonjunktur auf dem Gebiete des Kohlenmarktes waren, und daß in einer Zeit solcher Hochkonjunktur auch die Löhne hochstehen, das ist begreiflich, zumal in solcher Zeit auch die Beschäftigung eine reichliche ist und viele Schichten verfahren werden.

Aber da hat der Herr Staatssekretär, was ihm auch gestern gesagt worden ist, es unterlassen — trotz wiederholter Zurufe —, in Vergleich zu ziehen, daß die Lebensbedürfnisse inzwischen sehr erheblich im Preise gestiegen seien, (sehr richtig! links) daß doch in einer ganzen Reihe von Gewerben inzwischen eine Aufbesserung der Löhne stattgefunden hat, und daß in anderen Gewerben auch Lohnbewegungen im Gange sind, die eben, meines Erachtens mit einem gewissen Recht, motiviert werden mit einer Steigerung der Lebensmittelpreise. (Sehr richtig! links.)

Herr Dr. Wörtger hat uns demgegenüber eine Statistik aufgemacht, um was die Lebensbedürfnisse, ich glaube in den letzten beiden Jahren, gestiegen seien. Eine derartige Statistik ist sehr beweiskräftig; es kommt darauf an, wor sie macht, und sie scheint mir doch hier eine Barometrie zu sein, es scheint mir, daß sie ihn von den Arbeitgebern im Anschreiben aufgemacht worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir alle wissen doch, daß in den letzten Jahren alle Lebensbedürfnisse sehr erheblich teurer geworden sind, (sehr richtig! links) und daß das für jeden Mensch, auch für den eines sehr Bemittelten, mißverständlich ist. (Sehr richtig! links.)

Das natürlich, wenn Kartoffeln, Zucker, Kaffee, Brot, wenn alles teurer geworden ist, das im Arbeiterhaushalt eine große Rolle spielt, ist ungewiss. Deshalb ist es meines Erachtens durchaus verständlich, wenn in den Streifen der Bergarbeiter das Bestreben vorhanden ist, auch über die allmähliche Konjunkturerholung hinaus, ihre Löhne zu verbessern. (Sehr richtig! links.) (Fortsetzung folgt.)

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. März 1912.

Die Zentralratsitzung, die am letzten Freitag stattfand, beschäftigte sich in der Hauptsache mit den großen Lohnkämpfen, die unser Wirtschaftsleben durchtoben. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Hartmann, noch der verstorbenen Mitkämpfer Winkelsdorf und Böhm, denen er einen warm empfundenen Nachruf widmete. Das Referat über die Lohnbewegungen hatte der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, übernommen, der nach kurzer Schilderung der Kämpfe auf den Schichtarbeitern, im Bergbau, im Bergbau und in der Porzellanindustrie einen Überblick über die Entwicklung der Lohnbewegung im Ruhrgebiet gab. Redner konnte sich dabei auf persönliche Erfahrungen stützen, die er während seiner Anwesenheit im Ruhrgebiete gesammelt hat. Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell an den Opfermut der Gewerkschaften, die in dieser schweren Zeit dem Arbeitgeberverein der Bergarbeiter sicherlich als treue Helfer zur Seite stehen werden. Dieser Appell fand lebhaften Widerhall in den Ausführungen der nachfolgenden Redner. Die ganze Debatte war getragen von dem Gefühl der Solidarität und von dem übereinstimmenden Wunsche, daß der schwere Kampf mit einem Siege der streikenden Bergarbeiter enden möge. Auch dem Gewerksverein der Schneider und der Töpfer, welcher letzterer an dem Kampfe in der Porzellanindustrie beteiligt ist, wurden die Sympathien des Zentralrats zum Ausdruck gebracht. Nach kurzen Mitteilungen aus dem Bureau erreichte die Sitzung schon gegen 10 Uhr ihr Ende.

Das Verbands-Abstimmungsverzeichnis ist nunmehr soweit fertiggestellt, daß schon in der nächsten Woche mit der Versendung begonnen werden kann. Eine ganze Anzahl von Bestellungen ist bereits eingegangen; es fehlt aber immerhin noch eine stattliche Reihe von Ortsverbänden. Wenn diese noch schnell das Verbandsheft nachholen und umgehend ihre Bestellung machen, so können dieselben noch berücksichtigt werden. Wir eruchen deshalb, hiervon Kenntnis zu nehmen und umgehend den Kollegen A. u. S. L. ein unter gleichzeitiger Einreichung des Beitrags mitzuteilen, wie viel Exemplare gewünscht werden.

Die Frau in Haus und Beruf. Die prächtige Ausstellung, die unter diesem Namen in Berlin veranstaltet worden ist, wird am nächsten Sonntagabend geschlossen. Diejenigen unserer Mitglieder, die an den Wochentagen keine Zeit haben, sich die Ausstellung anzusehen, haben also nur noch einen Sonntag Gelegenheit. Wir haben schon darauf hingewiesen, wie lohnend der Besuch ist und möchten ihn heute noch einmal empfehlen. Im Verbandsbureau ist noch eine Anzahl Eintrittskarten zu dem ermäßigten Preis von 50 Pfg. zu haben. Wer darauf reflektiert, muß sich sofort melden.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtess Wermuth hat seinen Abschied genommen. Damit ist ein Mann aus einem der wichtigsten Reichsämter geschieden, der sich durch Sachkenntnis und Arbeitskraft besonders hervorgetan hat. Anlässlich dem Rücktritt hat die Konferenz der Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten gegeben, die vorige Woche zur Beratung über die Deckung der kommenden Behördenlagen zusammengetreten war. Staatssekretär Wermuth hat stets den wertvollen geworden Grundriss vertreten, daß neue Ausgaben nur gemacht werden dürfen, wenn dafür ausreichende Deckung vorhanden ist. Für diese Anschauungen hat er in der Finanzministerkonferenz nicht die genügende Zustimmung gefunden. Vor allen Dingen aber war es ihm nicht möglich, die Ministerkonferenz von der Notwendigkeit der Einführung der Erbschaftsteuer zu überzeugen, deren Erträge Wermuth für die Deckung der Kosten aus den Behördenlagen vorgesehen hatte. Man will sich auf die Weite lassen, daß man die sogenannte Liebesgabe beilegt durch Erhöhung der gesamten Brauntweinsteuer auf 70 Pf. pro Hektoliter. Scheinbar erfüllt man damit eine liberale Forderung, in Wirklichkeit aber bedeutet es ein Zurückweichen vor dem schwarzen blauen Block, der vor allen Dingen von der Erbschaftsteuer nichts wissen will. Der schwarzen blauen Verbrüderung ist Herr Wermuth zum Opfer gefallen, dessen Rücktritt somit eine hohe politische Bedeutung hat. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Kuehn ernannt worden, dem ebenfalls der Ruf eines begabten Sachmannes auf dem Finanzgebiete vorangeht.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Serrenma sichneider nimmt seinen Fortgang. Auch heute kann festgestellt werden, daß die Generalauflösung nicht durchgeführt ist. In Berlin mehren sich die Zahl der Meister, die den Tarif anerkannt haben. 276 Firmen haben sich mit den Gesellen geeinigt. Die Unternehmerverbände machen starke, aber bisher vergebliche Anstrengungen, die Meister zum Tarifbruch zu verleiten. — Am dem Streik der Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen in Berlin sind rund 1350 Personen beteiligt. Die Unternehmer bemühen sich, bei Heimarbeitern Streikarbeit anfertigen zu lassen. — Im deutschen Lithographie- und Stein-druckgewerbe ist man neuerdings bemüht, einen einheitlichen Reichstarif zustande zu bringen. Auf Anregung des Schuldverbandes der Stein-druckereibesitzer hat sich kürzlich auch eine Konferenz der Arbeitervertreter mit der Angelegenheit beschäftigt, mit dem Resultat, daß man der Anregung der Unternehmer näher treten will. — Der Streik bei der Firma Ludwig Löwe in Berlin dauert unverändert fort.

Die Eisenbahner in Nordamerika haben Lohnforderungen gestellt. Die Direktoren der Eisenbahngesellschaften erklären die Forderungen für zu hochgehend. Trotzdem dauern die Verhandlungen noch fort.

Zu dem beendeten Kampfe auf den Schichtarbeitern wird uns in Ergänzung unserer bisherigen Meldungen noch mitgeteilt, daß derselbe abgebrochen werden mußte, weil sich aus allen Organisationen Arbeitswillige gefunden haben. Wenn aber die sozialdemokratischen Parteiblätter behaupten, daß die Gewerkschaften die Schuld tragen, weil sie zu viel Arbeitswillige geliefert hätten, so muß hier festgestellt werden, daß in Elbing zahlreiche alte Mitglieder der Gewerkschaften vorhanden sind, die durch einen ungläubigen Streikfremden zum Weiterarbeiten gezwungen waren. Nach diesem Streik sollten nur diejenigen vom Streifen befreit werden, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, 66% Proz. Unfallrente beziehen oder bereits invalide sind. Allen gewerkschaftlichen Grundbüchern zum Lohn wurden durch den Beschluß Männer im hohen Le-

bensalter zu Arbeitswilligen gestempelt. Bei dem Kampfe in Elbing kam aber noch hinzu, daß hier noch im vergangenen Jahre nur 25 Proz. der 4000 Mann starken Beschäftigten organisiert waren, und sich diese Zahl erst in letzter Zeit auf 75 Proz. erhöht hat. Alle Organisationen haben dabei Mitglieder erhalten, die zum Kampfe noch nicht erzogen waren und nur darauf rechneten, im Falle einer Aussperrung Unterstützung zu erhalten.

Wenn aber die Kopfzahl der wirklichen Streikbrecher festgestellt wird, d. h. der arbeitskräftigen Menschen, dann gibt uns der Schmiege-Verband die besten Zahlen; von den 205 beteiligten Schmiegen, waren 105 Streikbrecher. Sämtliche „freie“ Gewerkschaften hatten rund 600 Mann Streikbrecher, der Metallarbeiterverband allein 160 Mann.

Im Danziger Schiffbau lieferte der Metallarbeiterverband 16 Streikbrecher, unter ihnen 13 erstklassige Arbeiter und 3 Helfer. Von den Christlichen sind 5 erstklassige Arbeiter und 3 Helfer stehen geblieben. Vom Gewerksverein der Maschinenbauer blieben 8 Mann stehen, 1 erstklassiger und 7 Helfer. In der Bergschmiede haben weiter gearbeitet 14 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, 2 vom Schmiegeverband, 8 vom örtlichen Metallarbeiterverband und 2 Mitglieder des Gewerksvereins der Maschinenbauer. Von den Rietern waren 2 Verbandsler, 2 Christliche und 1 Gewerksvereiner Arbeitswillige. In der Refektorie haben von 32 Mann, die mit Ausnahme von zweien sämtlich den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörten, nur 8 Mann die Arbeit niedergelegt, unter diesen uniere 2 Mitglieder.

Die Verbändler haben also wirklich keinen Anlaß, über andere herzufallen. Die Organisationen haben sich alle nichts vorzumerken. Bedauerlich ist, daß durch diese Bekämpfung der Organisationsuntereinander die Schatzmacher Wasser auf die Mühlen bekommen und der sehnsüchtige Wunsch aller Arbeiterfreunde, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, unerfüllt bleibt.

Die Schuld daran trifft die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse, die nicht erkennt, welchen Schaden sie durch solche Verhöhnung der Arbeiterchaft anrichtet.

Ein verständiges Urteil über die Konsumvereine fällt in „Reclams Universalium“ Dr. Alexander Elster am Schluß eines Artikels über Märkte, Jahrmärkte und Konsumvereine. Es heißt dort:

Die Konkurrenz, die auf allen den genannten Wegen dem ortsansässigen Detailhandel bereitet wird, steht wesentlich zurück hinter der Konkurrenz der Konsumvereine. Dieser gilt der große Haß der Ladeninhaber und der Mittelstandspolitiker. Die wissenschaftlichen Stimmen, die durch keine Interessenpolitik beengt sind, haben aber durchweg den Konsumvereinen das Wort geredet, und wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß heutzutage keiner ein Privilegium hat, den Zwischenhandel zu betreiben, so muß auch eine Einrichtung aufgegeben werden, die auf der Grundlage genossenschaftlichen Zusammenschlusses den Bezug der Bedarfsmittel verbilligt und Zwischengewinne, die durch keine produktive Tätigkeit gerechtfertigt werden, ausschaltet. Aber auch da gilt der Satz, daß nur der auf die Dauer sich halten und gedeihen kann, der gute Ware preiswerter oder bessere Ware zu gleichem Preise liefert. Die Ehrlichkeit, die Organisation, das kaufmännische Entschieden auch hier. Es ist vorgekommen, daß Kaufmann sich vom Konsumverein abgewandt haben, weil ihre besonderen Wünsche dort nicht erfüllt werden, ihnen gewünschte Qualitäten nicht geliefert werden konnten und sie das Mißliebende des Konsumvereins wessens nicht liebten. Ein demokratischer Zug liegt zweifellos in dieser modernen Einrichtung, und wer patriarchalisch fühlt, geht lieber zum Einzelkaufmann. Am letzten Ende aber muß die Funktion der Konsumvereine, die für Stapelwaren des täglichen Lebensmittelsbedarfs eine einzigartige Wohlfeilheit ermöglicht und dem letzten Konsumenten gute Ware gewährt, als volkswirtschaftlich günstig bezeichnet werden, zumal sie auch dazu beitragen, die Einzelkaufleute rühriger, kulanter und tüchtiger zu machen.“

Es ist erfreulich, daß in einem so weit verbreiteten Blatte so vorurteilslose Ansichten vertreten werden, die wohlwollend absehen gegen das blöde Verdammungsurteil, das im Allgemeinen über die Konsumvereine in weiten Kreisen beliebt wird!

Die Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches. Ueber dieses interessante und zeitgemäße Thema hält der Sekretär und Dozent der Humboldt-Akademie, Dr. F. Borchardt, im Sommer 1912 einen 10stündigen Vortragskursus im Alten Dorothienstädt. Realgymnasium, Georgenstr. 30/31, Mittwoch von 8—10 Uhr. Die Vorlesung dauert 5 Wochen und umfaßt 5 Doppelstunden. Die erste

Vorlesung ist für jedermann frei zugänglich und findet Mittwoch, 17. April, abends 8 Uhr, statt. Wir weisen unsere Mitglieder auf diesen Vortrag anflus hin und erüchen um zahlreiche Beteiligung. Sörrerarten sind zu ermäßigten Preisen durch Vermittlung des Verbandsbüros zu beziehen.

Der Zentralausschuss der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung trat am 14. d. M. unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich zu Schönau-Carolath im Reichstagsgebäude zusammen, um den Etat für das Jahr 1912 zu beraten. Der Etat schließt ab mit einer Einnahme und Ausgabe von 579 400 M. Von den Einnahmen sind 125 000 M. Mitgliederbeiträge, 34 000 M. Zinsen, 300 000 M. für Bücher, Formulare usw., 75 000 M. für Lichtbilder, Apparate usw., 13 000 M. für Vorträge und Agitation. Vorausgibt sollen werden für Vorträge und Agitation 22 600 M., für die Zeitschrift „Volksbildung“ 30 000 M., als allgemeine Unkosten 45 000 M., für Volksbibliotheken 370 000 M., für Lichtbilder und Apparate 55 000 M. Der Mitgliederbestand der Gesellschaft beläuft sich zurzeit auf 7923 Körperschaften und 5804 persönliche Mitglieder. Eine der Gesellschaft angebotene Büchertotterie im Betrage einer halben Million M. wird abgelehnt. An die Direktion der höheren Lehranstalten und die Stadtschulräte soll ein Ansuchen über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Vorleser in der höheren Lehranstalten gerichtet werden. Die von der Gesellschaft eingerichteten Kurse zur Ausbildung von Volksbibliothekaren, Vorlesenden von Volksbildungsvereinen usw. sollen in den Herbstferien dieses Jahres stattfinden. Anmeldungen zur Beteiligung sind an die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Berlin NW. 52, Lüneburgerstraße 21, zu richten. Eine große Anzahl von Fachleuten hatten sich zur Mitwirkung bereit erklärt. Eine längere Erörterung fand über die Begründung einer Schulze-Delicht-Stiftung statt, die den Zweck haben soll, die Volksbildungsvereine bei der Veranstaltung von Unterrichtskursen für Erwachsene, insbesondere in den Elementarfächern, zu unterstützen. Die Beteiligung an einem Zentralwohlfahrtsausflug in Berlin wurde abgelehnt, da die Gesellschaft anderweitig verpflichtet ist. Vorgelegt wurde der Bericht der Widert-Stiftung, der eine Bücherabgabe von 7893 Bänden im Werte von 8 536,50 M. an 624 Bibliotheken nachweist. Herr Professor Dr. Eichhoff, M. d. A., wurde zum Mitglied des Zentralausschusses gewählt.

### Gewerkvereins-Teil.

**Hannover-Linden und Umgegend.** In unserer letzten außerordentlichen Ortsverbandversammlung hielt der Generalsekretär des Gewerksvereins der Textilarbeiter, Kollege Reichelt-Sprenger, einen hochinteressanten und überaus lehrreichen Vortrag über

„Seimarbeiter und Seimarbeitergesetz“. Redner gab den Anwesenden ein anschauliches, gleichzeitig aber auch trübes Bild von der Seimarbeiter in Deutschen Reich. Vor allen Dingen der Wert dieser Arbeiterkategorie ist gar zu niedrig. 10 Mark Wochenlohn ist vielfach schon hoch gerechnet. In manchen Industrien bringt es manche Familie mit drei bis vier Arbeitskräften nur auf 12 Mark die Woche, wobei noch ein 14tündiger Arbeitstag erforderlich ist. In der Spielzeugindustrie kommt eine Familie mit vier Personen bei geschickten Leistungen und 14tündiger Arbeitszeit die Woche nur auf 8 Mark. Nicht viel besser liegt es in anderen Gewerbezweigen, wie der Vortragende an einer großen Reihe von Beispielen zeigte. Verknüpft mit diesen niedrigen Löhnen ist eine überaus lange Arbeitszeit; außerdem lassen die gesundheitlichen Zustände in der Seimindustrie alles zu wünschen übrig. Auf das für ein reiches Material angeführt. Dem schimmigen Gend soll nun das Hausarbeitsgesetz steuern, das der alte Reichstag kurz vor seinem Schluß angenommen hat, das aber keineswegs allen Anforderungen entspricht, wenn es auch in mancher Beziehung einen kleinen Vorteil bringt. Der Redner erörterte im einzelnen die Bestimmungen des Gesetzes und fasste seine Ausführungen zusammen in einem Gebicht, in dem die Not der Seimarbeiterklasse so recht zum Ausdruck gebracht wird. An das Referat knüpfte sich eine rege Aussprache, in welcher dem Vortragenden von allen Seiten Dank und Anerkennung für seine Ausführungen zum Ausdruck gebracht wurden. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute im Arbeiterbildungs-Vereinshaus Linden tagende gutbesetzte außerordentliche Ortsverbandversammlung nimmt dem Referenten, Kollegen Reichelt-Sprenger, in seinen Ausführungen über das Hausarbeitsgesetz und die gesamte Lage der Textilarbeiterklasse einstimmig zu und ersucht sämtliche Kollegen und Kolleginnen des Ortsverbandes Hannover-Linden und Umgegend, unablässig und mit Energie für die Gewinnung von Mitgliedern unter der Textilarbeiterklasse tätig zu sein, um dadurch auch zur Stärkung des Gewerksvereins der Deutschen Textilarbeiter mitzuwirken.

Friedrich Voßke, Ortsverbandssekretär.

### Verbands-Teil.

#### Versammlungen.

**Berlin. Distriktrat der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).** Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine, Treffpunkt. 22.-23. Am 20. März. Vortrag des Kollegen Re w in über: „Die jetzigen Lohnbewegungen“. Vollständ. Geschehen usw. Gölle willf. — **Gewerksvereins-Vereinsrat (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr. — **Verbandskongress.** 1. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gölle willf. — **Sonnabend 23. März. Maschinenbau und Metallarbeiter I.** Abds. 8 Uhr. Bei Ostplatz, Straße 69. Werkstattdirektionen. Abrechnung der Billets von Bauernsch. Regulatorpost. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter II.** Abds. 8 Uhr. Ortsvereinsversammlung. — **Textilarbeiter.** 2. Monatsbericht. 3. Vortrag des Kollegen Jordan: „Die formale Arbeitslosenversicherung“. — **Maschinenbau und Metallarbeiter V.** Abds. 8 1/2 Uhr bei Schumacher, Stalingerstraße 126. Vortrag des Kollegen Glühorn: „Die Würtzage von 1848“. — **Maschinenbau und Metall-**

**arbeiter VII.** Abds. 8 1/2 Uhr. Ostplatz, 81, oberer Saal, Versammlung mit Damen. Gesellschaftliche. Werkstattbesprechung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Abds. 8-10 Uhr. Jageladen bei Krull, Rottbühlstr. 51. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XIII.** Abds. 7 1/2 Uhr. B.-Königshaus des holländischen Hofes. Treffpunkt 7-7 1/2 Uhr. Breglauer Allee. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter III.** Sonntag, 24. März, vorm. 10-12 Uhr. Jageladen im Nordwesthafen, Alt-Platz 65-66. **Fachverein der Bädergehilfen Frankfurt a. M.** Freitag, 22. März, nachm. 2 Uhr. Berl. im Vereinslokal.

### Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden 1. Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr. Vertretung in Burghof Gesellschaftshaus, Reffenstr.; jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat. Distriktrat ebenda, pünktlich 8 1/2 Uhr abds. — **Cottbus (Distriktrat).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. — **Düsseldorf (Vollständ. Wirtschaftspolitk).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr. Ortsverband, Kurfürststr. 29, Sitzung. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr. Vertretung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Duffenstr. und Erlinghauserstr. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband Vertretung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — **Haarlem (Ortsverband).** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr. Distriktrat bei Rubenweg. — **Halle a. S. (Ortsverband).** Der Distriktrat sind. bei. 1. Sonntag abds. 1. Monat. I. Passagier-Haus, Str. Brauhäuserstr., Rat. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Viehkopf“, Lagerstraße 2. Distriktrat. — **Hamburg (Gewerksvereins-Vereinsrat).** Jeden Donnerstag. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Monatsberf. der Jugendabtd. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Linden bei Herr Steinmeier. — **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverband Vertretung bei Wittwe Rabe, Herne I, gegenüber der evang. Kirche. — **Hirschhorn (Ortsverband).** Jeden 2. Mittwoch bei Hülpe. — **Köln (Gewerksvereins-Vereinsrat).** Die Monatsversammlungen finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, Rat. Gäste und Honorarbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr. Vertretung im Ortsverbandlokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Eingekör. der Gewerksvereine).** Die Monatsversammlungen finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Reibel, Köpferstr. 5, Rat. Honorarbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tegel (Distriktrat).** Für Tegel, Borsigwalde und Reinickendorf. Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr. b. Römer, Schillerstr. 28, Ecke Schillerstr. — **Thorn (Ortsverband).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Kroll, Banerstr. 62. — **Weisensefeld a. S. (Ortsverband).** (Ortsverband) der Gewerksvereine. Monatsversammlung jeden Dienstag abds. 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal Schwetters, Schillerstraße. Honorarbegabte Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — **Weisensefeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktrat in Hermann Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr, Singstunde im Ortsverbandlokal Rheinal.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

#### Beamtet gesucht.

Für das Arbeitersekretariat u. den Arbeitsnachweis der deutschen Gewerksvereine in Frankfurt a. M. Worms wird zum Eintritt am 1. d. bezw. 15. April ein Hilfsbeamtet gesucht. Das Gehalt regelt sich nach den in den Gewerksvereinen üblichen Sätzen; Anfangsgehalt 1800 Mark. Der Beamtet muß sämtliche Arbeiten, die das Sekretariat und der Arbeitsnachweis mit sich bringen, verrichten können. Darunter ist unter anderem der Ausbau des Arbeitsnachweises sowie die Werbearbeit und die Aufsicht zu verstehen.

Gesuche um Lebenslauf sowie einen Aufsatz über die Bedeutung der Arbeitersekretariate und der Arbeitsnachweise für die Gewerksvereine sind bis Samstag, den 23. März 1912 an die Adresse: Arbeitersekretariat Salzer, Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 90, zu senden.

Die Sekretariatskommission:

Paul Eisenblätter, Peter Deffner, Conrad 88b.

**Berlin (Ortsverband).** Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Distriktrat. Gewerksvereinsbureau, Kr. in Nr. 7. Daselbst befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

**Magdeburg (Sonderverband).** 75 Pfennig im Bureau, Rathenauerstraße 2/3 II.

**Jena (Ortsverband).** Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterstützung bei Carl Müller, Weißgasse 2, Ecke Oberlauegasse.

**Herr L. E. (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungskarten bei E. Renzel, Köpferstraße 14.

**Rathenow (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeld beim Kassierer S. Wieland, Köpferstr. 61 III.

**Wilm und Mühlheim a. Rh. (Ortsverband).** Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerksvereinsbureau, Generatstr. 118 I.

**Kattowitz (O.-Schl.).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeld beim Kassierer. Kol. Georg Schmierer, Goethestr. 41 part. (Mittags 12-1, abds. nach 6 Uhr.)

**Sippstadt (Ortsverband).** An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pf. — gezahlt vom Kassierer S. Biese, Sippstadt, Osteragerdamm 82.

**Banzen.** Durchreisende erp. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Gerbe, Kornmarkt 9.

**Worms (Ortsverband).** Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsbesuch von 75 Pf. im Ortsverbandlokal „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4.)

**Herrn-Blasbach-Heide (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung im Gewerksvereinsbureau, Schirpferstraße 180. Daselbst auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.

**Düsseldorf und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Berufes erhalten in unserem Ortsverbandsbureau zum Klosterfeller, Kurfürststr. 29 frei Logis mit Frühstück oder 75 Pf. Ortsbesuch. Zu melden auf dem Bureau, I. Etage. Daselbst Arbeitsnachweis für alle Berufs.

**Commersefeld (Ortsverband).** Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeld im Betrage von 50 Pf. beim Ortsverbandskassierer Hoff. Anglaube, Commersefeld, Krummestr. 108.

**Schweidnitz (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Kollegen A. H. Teischer, Weißstr. 2 II 2p.

**Wilmshausen (Ortsverband).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Quartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. Häbde, Bant, Goethestr. 7.

#### Neuzeitliche Wirtschaftspolitik

8. überarbeitete Auflage.

Portschritt (Buchverlag der „Hilfe“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.

Das anschaulich und festlich geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptkapiteln 1. Das neue Wirtschaftswelt. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Staat in der Wirtschaft. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftswelt. Das Buch ist in dauerhaften Einband für Gewerksvereinsmitglieder zum Verkaufspreis von 3 M. einschließlich Porto vom Ortsverbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einbindung des Betrages an den Ortsverbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Weißwasserstraße 221/23 zu richten.